



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › [Eck bei Fachtagung "VdW im Dialog 2017"](#)

Eck bei Fachtagung "VdW im Dialog 2017"

9. Oktober 2017

+++ "Die Bayerische Staatsregierung wird sich in Berlin dafür stark machen, dass der Wohnungsbau politische Vorfahrt auf allen Ebenen erhält. Wir müssen diejenigen, die bauen wollen, stärken und ihnen noch mehr Anreize bieten, anstatt ihnen Bürokratie-Steine in den Weg zu legen." Das hat heute Bayerns Innen- und Baustaatssekretär Gerhard Eck bei der Fachtagung des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen ‚VdW im Dialog 2017‘ in Reit im Winkl gesagt. Eck sieht besonderes Potential beim Steuerrecht. „Wir brauchen hier unbedingt günstigere Rahmenbedingungen. Wir fordern deshalb vom Bund steuerliche Anreize für Investoren“, bekräftigte Eck. Die hohen Baukosten seien ein Thema, das Bauherren abschrecke. Laut Baustaatssekretär sei das mitunter zurückzuführen auf die ständige Anhebung der energetischen Standards. „Ich halte es nicht mehr für vermittelbar, willigen Bauherren immer weitere Auflagen beim Bauen vorzuschreiben. Bauen muss sich rentieren“, so Eck.

Von staatlicher Seite ist man mit dem Sonderprogramm ‚Wohnungspakt Bayern‘ auf einem guten Weg. Eck: „Allein in die staatliche Wohnraumförderung hat der Freistaat mit mehr als 400 Millionen Euro letztes Jahr rund 100 Millionen Euro mehr als im Vorjahr investiert. Dieses Jahr haben wir das Fördervolumen gleich nochmal auf fast 470 Millionen Euro erhöht. Im Rahmen des Nachtragshaushalts 2018 werden wir einen Nachtragshaushalt vorlegen, der eine deutliche Erhöhung der Mittel in diesem Bereich vorsehen wird“, so Eck.

Wie Eck weiter bekräftigte, war 2016 das erfolgreichste Jahr seit langem für die staatliche Wohnraumförderung. Insgesamt wurden 3.330 neue Mietwohnungen gefördert. Das sei ein starkes Plus von mehr als 75 Prozent gegenüber dem Vorjahr. „Dieses Jahr konnten wir das Ergebnis von Januar bis August (1.232) gegenüber dem Vorjahreszeitraum (996) nochmals um knapp 24 Prozent steigern“, bekräftigte Eck.

Der Baustaatssekretär richtet klare Forderungen an den Bund. Bis 2019 soll der Bund jährlich zwei Milliarden Euro für den Wohnungsbau zuzuweisen. „Aber auch nach dem Auslaufen der Kompensationszahlungen ab 2020 muss der Bund seiner Mitverantwortung in der Wohnungspolitik gerecht werden“, forderte Eck.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

